

---

## Pressemitteilung

26.6.2008

---

ARGE Nord-Ost fordert das RP auf, die für den 15. Juli festgesetzte Erörterung zur neuen Neckarbrücke gesetzeskonform durchzuführen und am besten das Verfahren ganz einzustellen.

Die ARGE fordert das Regierungspräsidium auf, bei der neuen Erörterung am 15. Juli die gesetzlichen Vorschriften zu beachten und ein ebenso rechtsstaatliches wie faires Verfahren durchzuführen. Sofern wieder Pläne geändert wurden oder neue Erkenntnisse vorliegen, müssen diese allen Verfahrensbeteiligten mit ausreichendem Abstand vor dem Erörterungstermin bekanntgegeben werden. Die ARGE kritisiert, dass Regierungspräsident Schmalz bereits im Vorfeld der Erörterung mit einseitigen und unsachlichen Äußerungen pro Straße eine unvoreingenommene Prüfung der Planung sehr erschwert hat. Hierzu Joseph Michl, Vorsitzender der ARGE:  
**„Schmalzls Philippika für den Nordoststring muss von den Mitarbeitern des RP als Marschbefehl verstanden werden. Eine ergebnisoffene Abwägung verschiedener Alternativen durch die Behörde kann so nicht stattfinden.“**

Das Regierungspräsidium Stuttgart hatte bereits vor einem Jahr eine Erörterung der Pläne für die neue Neckarbrücke durchgeführt. Das Pikante daran: obwohl schon vorher feststand, dass die Pläne in wesentlichen Details geändert werden, wurde die Erörterung auf Basis veralteter Pläne durchgeführt. Wie sich später herausgestellt hat, lagen dem RP aber bereits detaillierte neuen Pläne sowie neue Gutachten vor. Joseph Michl: **„Obwohl das Regierungspräsidium Stuttgart wissen musste, dass eine Erörterung auf Basis der neuen Pläne durchgeführt werden musste, hat sie diese und auch neue Gutachten zurückgehalten und auf der Grundlage veralteten Materials ein zweitägiges Erörterungstheater veranstaltet. Unserer Meinung nach war die erste Erörterung eine Veruntreuung öffentlicher Gelder.“**

In der Sache selbst fordert die ARGE das RP auf, endlich die zunehmende Knappheit und damit Verteuerung der Energie zur Kenntnis zu nehmen und daraus die notwendigen Schlüsse für die Verkehrsinfrastruktur zu ziehen. Joseph Michl:  
**„Es ist nicht sehr intelligent, in Zeiten explodierender Energiepreise noch mehr Geld für den Bau neuer Straßen zu fordern, die den Benzinverbrauch weiter erhöhen. Die Landesregierung und das Regierungspräsidium sollten zur Kenntnis zu nehmen, dass die Zeiten billiger Energie vorbei sind. Wer heute noch neue Straßen baut, zwingt der Bevölkerung eine Infrastruktur auf, die diese bald nicht mehr ausnutzen kann, aber teuer unterhalten muss.“**

Das Land hat noch nicht einmal genügend Geld, die vorhandene Infrastruktur in Ordnung zu halten. An allen Ecken und Enden verkommen öffentliche Gebäude, Brücken und Straßen. Gleichzeitig fehlen Milliarden für Bildung und Sozialsysteme. Wer trotzdem weiteren Straßenbau und noch mehr Geld für den Straßenbau fordert, gefährdet die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands genauso wie die Natur.